

Antifeminismen

„Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial?

ANNETTE HENNINGER

1. EINLEITUNG

Im Frühjahr 2020 twitterte die *WerteUnion*, die sich als konservative Basisbewegung in der CDU/CSU versteht, die Corona-Pandemie mache nun „hoffentlich auch dem Letzten klar, dass Professuren für Medizin, Chemie und Biologie unendlich viel wichtiger sind als solche für ‚Gender‘.“ (WerteUnion, 27.03.2020) Das Online-Magazin *queer.de* zitierte den ehemaligen Erzbischof von St. Louis, Kardinal Burke, mit dem Appell an die Gläubigen, trotz Corona weiter die Messe zu besuchen – Seuchen seien die Konsequenz von Sünden, zu denen der katholische Würdenträger u.a. die Gender-Theorie zählt (*queer.de*, 24.03.2020). Beide Aussagen stehen im Kontext von Mobilisierungen gegen ‚Gender‘, die in den letzten Jahren zunehmende öffentliche Aufmerksamkeit erlangten.

‚Gender‘ bzw. ‚Gender-Ideologie‘ wird dabei als „Kampfbegriff“ (Mayer/Ajanovic/Sauer 2018) benutzt, um die Geschlechterforschung, Gleichstellungspolitik sowie Politiken zur Liberalisierung von Sexualität als Ideologie zu brandmarken (z.B. Frey et al. 2014; Hark/Villa 2015). Damit ist der Vorwurf verbunden, ‚Genderismus‘ zielen auf die systematische Bevorzugung von Frauen*¹ und sexuellen Minderheiten, bedrohe die vermeintlich natürliche oder gottgewollte Geschlechterbinarität, das Kindeswohl, die traditionelle Familie und damit das Fundament der Gesellschaft. Diese Debatte wurde ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunächst von ultrakonservativen Akteur*innen innerhalb der katholischen Kirche als Gegendiskurs zu den gleichstellungs- und sexualpolitischen Forderungen der Weltbevöl-

1 Der ‚Gender-Stern‘ (*) weist darauf hin, dass es sich um Personen handelt, die als ‚Frauen‘ bzw. als ‚Männer‘ gelesen werden – auch wenn sowohl diese Kategorien als auch die Zweigeschlechtlichkeit als solche soziale Konstruktionen sind.

kerungskonferenz in Kairo (1994) und der Weltfrauenkonferenz in Peking (1995) initiiert (Paternotte/Kuhar 2017a; Datta 2018). Seit der Jahrtausendwende werden Mobilisierungen gegen ‚Gender‘ europaweit vor allem vom konservativ-katholischen, christlich-fundamentalistischen und rechten politischen Spektrum vorangetrieben und finden in der medialen Öffentlichkeit Resonanz. Als zentrale diskursive Strategien gelten neben dem Ideologie-Vorwurf die Konstruktion von Bedrohungsszenarien, das Operieren mit Falschinformationen und Verschwörungstheorien, eine starke Polarisierung entlang eines Freund-Feind-Schemas und diskursive Ausschlüsse gegenüber ‚Anderen‘ (z.B. Hark/Villa 2015; Mayer/Ajanovic/Sauer 2018; Blum 2019). Dies ermöglicht Anschlüsse an weitere Ideologien der Ungleichwertigkeit, insbesondere an Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit und Antisemitismus (z.B. Blum 2019: 115), an völkisches Denken (z.B. Goetz 2017; Lang/Peters 2018b) sowie an Anti-Intellectualismus und Elitenfeindlichkeit (Mayer/Ajanovic/Sauer 2018). Die Kritik an ‚Gender‘ wird dabei zum ‚symbolischen Kitt‘ (Kováts/Pöim 2015) zwischen ideologisch diversen Akteur*innen, die transnational miteinander vernetzt sind (Kuhar/Paternotte 2017).

Antifeminismus stellt einen Versuch dar, die Aushandlung über die Gestaltung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse dem demokratischen Diskurs zu entziehen. Die dabei genutzten emotionalisierten Bedrohungsszenarien sind Teil einer rechtspopulistischen Diskursstrategie, die nicht auf demokratische Aushandlung von Konsens unter Berücksichtigung pluraler Positionen abzielt, sondern auf die Polarisierung von Konflikten und politische Lagerbildung (Schutzbach 2018: 46; Wodak 2016). Das gesellschaftsspaltende und demokratiegefährdende Potenzial dieses Diskurses liegt darin, dass darüber Ideologien der Ungleichwertigkeit wieder salonfähig gemacht werden. Zudem führt die starke Emotionalisierung zu einer Vergiftung der Debattenkultur: Polemiken und persönliche Angriffe gegen Feminist*innen, Gleichstellungspolitik*innen und LGBT*I-Aktivist*innen zielen auf Einschüchterung und ‚silencing‘ der Betroffenen ab. Dies zeigt sich beispielsweise an Hasskampagnen im Internet, die sich insbesondere gegen feministische, queere und ‚Vielfalts‘-Themen richten (Illgner 2018: 263).

In Deutschland gilt das Jahr 2006 als Startpunkt einer Intensivierung von Angriffen gegen ‚Gender‘ in einem breiten politischen Spektrum, das von christlichen Fundamentalist*innen über den bürgerlich-konservativen oder liberalen Mainstream und den parlamentarischen Rechtspopulismus bis hin zu rechten oder extrem-rechten Gruppierungen reicht (Hark/Villa 2015; Lang/Peters 2018b: 17; Blum 2019: 43). Im April 2006 erschien im konservativen Monatsmagazin *Cicero* ein Artikel mit dem Titel *Die Emanzipation? Ein Irrtum* (Cicero, 26.04.2006), in dem die ehemalige Tagesschau-Sprecherin Eva Hermann unter Berufung auf eine göttliche Schöpfungsordnung die Rückbesinnung auf ein traditionelles Mutterbild fordert. Wie Dorothee Beck (in diesem Band) nachzeichnet, polemisierte Volker Zastrow, Leiter des Politikressorts der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, im Juni

2006 in diesem Leitmedium des konservativen Spektrums gegen Gender Mainstreaming und Gender Studies. Dieser Diskurs wurde von anderen Medien aufgegriffen, darunter die neu-rechte Zeitschrift *Junge Freiheit*, aber auch die liberale Wochenzeitung *Der Spiegel* (ebd.). In den Folgejahren entfalteten neben Journalist*innen auch Wissenschaftler*innen ‚gender‘-kritische publizistische Aktivitäten (Näser-Lather in diesem Band).

Parallel dazu erstarkten außerparlamentarische Bündnisse wie der vor allem vom christlich-fundamentalistischen Spektrum getragene *Marsch für das Leben*, der seit 2008 jährlich in Berlin gegen Abtreibung demonstriert (Achtelik 2018: 125), sowie die Aktionsbündnisse *Besorgte Eltern* und *Demo für alle*, die seit 2014 in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern gegen die Reform der schulischen sexuellen Bildung mobilisieren (Oldemeier et al. in diesem Band). Auch die Alternative für Deutschland (AfD) entdeckte die Mobilisierungskraft der Kritik an ‚Gender‘ und griff das Thema seit ihrem Einzug in die Kreis- und Landtage ab 2014 zunehmend auf. Dies gilt ebenso für weiter rechts stehende Gruppierungen wie die vom Verfassungsschutz beobachteten *Identitären*. Diese erlangten Anfang 2018 mit der Kampagne *#I20db* mediale Aufmerksamkeit, in der sie sexualisierte Übergriffe gegen junge, als ‚deutsch‘ markierte Frauen* als durch den Zuzug muslimischer Migranten importiertes Problem brandmarkten und Feminist*innen aufgrund ihres vermeintlichen Multikulturalismus dafür verantwortlich machten (FR 2018).

Eine Fülle von Publikationen aus der Geschlechterforschung beschäftigt sich inzwischen kritisch mit dem Erstarken von Antifeminismus (z.B. Lang/Peters 2018a; Scheele 2015; Blum 2019) bzw. Anti-‚Genderismus‘ oder ‚Gender-Ideologie‘ (für Deutschland vgl. etwa Frey et al. 2014; Hark/Villa 2015; international z.B. Gutiérrez Rodríguez/Tuzcu/Winkel 2018; Graff/Kapur/Walters 2019), mit ‚Anti-Gender-Kampagnen‘ (Kuhar/Paternotte 2017) oder mit der Opposition gegen Geschlechtergleichheit (Verloo 2018a). Dabei besteht keineswegs Einigkeit darüber, wie das Phänomen begrifflich zu fassen und in welchem Kontext es zu interpretieren ist. Bislang dominieren eher deskriptive Einzelfallstudien in verschiedenen Politik- bzw. Praxisfeldern. Zudem fehlt ein Blick auf historische Kontinuitäten. Auch die Theoretisierung des Phänomens steht noch in den Anfängen.

An diesen Leerstellen setzten zwei Forschungsprojekte an der Universität Marburg an, die Entwicklungen in verschiedenen Feldern untersuchen, die in Deutschland gegenwärtig im Fokus antifeministischer Mobilisierungen stehen: Das vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst geförderte Projekt *‚Genderismus‘ in der medialen Debatte. Themenkonjunkturen 2006 bis 2016*² (Dorothee Beck, Politikwissenschaft) analysierte ‚Gender‘-Diskurse in politischen Leitmedien

2 Laufzeit: 01.08.17 bis 31.01.19 (<https://www.uni-marburg.de/de/genderzukunft/forschung/genderismus>).

des konservativen und liberalen Spektrums. Gefragt wurde nach Thematisierungskonjunkturen von ‚Gender‘ und deren Rückbindung an externe Ereignisse sowie nach Deutungen von Geschlechter- und Gleichstellungspolitiken, Gender Mainstreaming und Geschlechterforschung in Medientexten und Leser*innen-Kommentaren. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte, interdisziplinäre Projekt *REVERSE – Krise der Geschlechterverhältnisse? Anti-Feminismus als Krisenphänomen mit gesellschaftsspaltendem Potenzial*³ untersuchte antifeministische Diskurse, deren Akteur*innen, Zielgruppen und Wirkungen vergleichend in fünf Feldern. Hierzu gehören *erstens* wissenschaftliche Kontexte, in denen sich in den letzten Jahren Forscher*innen unterschiedlicher Disziplinen mit ‚gender‘-kritischen Beiträgen zu Wort gemeldet haben (Marion Näser-Lather, Kulturwissenschaft; studentische Mitarbeitende: Armin Sauermann und Johanna Osse). Eine *zweite*, erziehungs- und kulturwissenschaftliche Fallstudie analysierte die diskursive Ethnisierung von Sexismus in der öffentlichen Debatte und deren Auswirkungen auf die Integrationsarbeit mit Geflüchteten (Denise Bergold-Caldwell und Barbara Grubner; Mitarbeit: Patricia Rams), eine *dritte* Verunsicherungen im Feld der Sexualpädagogik im Anschluss an die Kampagnen gegen eine angebliche ‚Frühsexualisierung‘ von Kindern (Susanne Maurer, Anna Lena Oldemeier und Ferdinand Backöfer, Erziehungswissenschaft; Mitarbeit: Katharina Aleksin). Eine *vierte* politikwissenschaftliche Fallstudie untersuchte antifeministische Gegnerschaft gegen die *Ehe für alle* aus dem rechten und christlich-fundamentalistischen Spektrum (Annette Henninger, Ursula Birsl, Christopher Fritzsche und Juliane Lang; Mitarbeit: Anne Gehrmann und Melanie Kuhnert). Die *fünfte* sozialpsychologische Fallstudie analysierte vor dem Hintergrund rückwärtsgewandter, geschlechterbinärer Vorstellungen von Elternschaft in antifeministischen Diskursen, inwieweit sich diese Vorstellungen in Elternzeitschriften spiegeln und inwiefern mediale Diskurse von Müttern subjektiv angeeignet werden (Helga Krüger-Kirm und Leyla Zoë Tichy, Mitarbeit: Anna Elsässer). Die übergreifenden Forschungsfragen des REVERSE-Projekts zielten erstens auf die Analyse von feldspezifischen Dynamiken, Akteursstrukturen und Zielgruppen dieser Diskurse. Zweitens wurden diskursive Verschränkungen antifeministischer mit weiteren Diskursen untersucht, besondere hinsichtlich der Verschränkungen mit Rassismus sowie der (De-) Thematisierung sozialer Fragen. Eine dritte Frageperspektive untersuchte, wie antifeministische Überzeugungen mit subjektivem Erleben und der Diskursivierung gesellschaftlicher Krisen verknüpft werden.

Zur Einleitung wird zunächst der zugrunde gelegte Begriff von Antifeminismus geklärt (Abschnitt 2). Sodann wird ein Überblick über bisherige Erklärungsansätze

3 Laufzeit: 01.10.2017 bis 31.01.2020, Förderkennziffer: 01UG1738X (<https://www.uni-marburg.de/de/genderzukunft/forschung/reverse>).

für das aktuelle Erstarken von Antifeminismus gegeben (Abschnitt 3). Es folgt ein Überblick über den Aufbau des Sammelbandes (Abschnitt 4) sowie ein knappes Fazit mit einem Ausblick auf weiterführende Forschungsfragen (Abschnitt 5).

2. BEGRIFFSKLÄRUNG: ANTI-GENDERISMUS, ANTIFEMINISMUS, POSTFEMINISMUS

Zahlreiche deutschsprachige wie internationale Publikationen operieren mit den Begriffen ‚Anti-Genderismus‘ oder ‚Anti-Gender-Kampagnen‘. In der deutschen Debatte wird daneben unter Verweis auf historische Vorläufer im wilhelminischen Kaiserreich der Begriff ‚Antifeminismus‘ verwendet. Daneben findet sich vor allem in kultur- und medienwissenschaftlichen Publikationen eine Auseinandersetzung mit dem Begriff des Postfeminismus. Der Horizont dieser unterschiedlichen Begriffsverwendungen wird hier knapp aufgespannt, um die Verwendung des Begriffs ‚Antifeminismus‘ im Marburger Forschungszusammenhang zu begründen.

Einigkeit besteht darüber, dass der Begriff ‚Gender‘ und seine Komposita aktuell in den Fokus der Kritik geraten sind. Kontrovers wird diskutiert, ob die Bedeutung von ‚Gender‘ in der Geschlechterforschung dabei zutreffend wiedergegeben wird. Hark/Villa (2015: 7) bezeichnen mit dem Begriff ‚Anti-Genderismus‘ „eine Abwehr gegen Gender beziehungsweise gegen das, was diesem Begriff unterstellt wird. Unterstellt wird, Gender stehe für eine nicht-natürliche, damit also post-essenzialistische Fassung von Geschlecht und Sexualität.“ Damit hätten die Kritiker*innen die Stoßrichtung der (de-)konstruktivistischen Gender Studies zutreffend erfasst und setzten sich gegen diesen verunsichernden Angriff auf ihren lebensweltlichen Alltagsglauben zur Wehr (Hark/Villa 2015: 8). Andere argumentieren dagegen, dass der Gender-Begriff für seine Kritiker*innen vor allem eine strategische Funktion erfülle, indem er als ‚symbolischer Kitt‘ Bündnisse zwischen politisch diversen Akteur*innen ermögliche (Kováts/Pöim 2015) oder als ‚leerer Signifikant‘ (Mayer/Ajanovic/Sauer 2018) diene, der mit variablen Inhalten gefüllt werde, die zumindest in Teilen auf Falschinformationen beruhen. Auch Paternotte/Kuhar (2017b) betonen den Konstruktionscharakter von Bedrohungsszenarien unter Bezug auf ‚Gender‘:

„It [gender, AH] squeezes different discourses into one big threat that different actors can connect to, and appears as a unifying ground because it is constructed as an attack on at least one of the three Ns defended by these actors: nature, the nation and normality.“ (Paternotte/Kuhar 2017b: 259f)

Die Begriffe ‚Genderismus‘ bzw. ‚Gender-Ideologie‘ stammen aus dem Untersuchungsfeld selbst. Sie zielen auf Diffamierung der Gender Studies und von Gleichstellungspolitiken. Der Begriff ‚Anti-Genderismus‘ reproduziert diese antifeministische Stoßrichtung. Für die wissenschaftliche Analyse des Phänomens sollten solchen Feldbegriffen Analysekategorien gegenübergestellt werden, die auf Basis theoretischer Reflexionen gewonnen wurden (Näser-Lather/Oldemeier/Beck 2019: 8). Zudem verstellt der Begriff ‚(Anti-)Genderismus‘ die Sicht auf historische Kontinuitäten sowie auf den Charakter aktueller Debatten und Mobilisierungen als Gegenbewegung zu Feminismus als sozialer Bewegung bzw. politischem Projekt, das seit seiner Entstehung immer wieder mit heftiger Gegenwehr konfrontiert war (Verloo 2018a: 4). Verloo schlägt daher die Bezeichnung „opposition to gender+ equality“ vor, definiert als „any activity in which a perspective opposing feminist politics and gender+ equality policy is articulated in a way that can be expected to influence or is actually influencing politics or policymaking at any stage.“ (Verloo 2018a: 6). Mit der Bezeichnung ‚gender+‘ richtet Verloo die Aufmerksamkeit auf die intersektionale Verschränkung von Geschlecht mit weiteren Ungleichheitsdimensionen.

In deutschsprachigen Publikationen wird statt dessen der Begriff ‚Antifeminismus‘ genutzt, häufig unter Verweis auf Hedwig Dohm, eine Aktivistin der historischen deutschen Frauenbewegung. Dohm prägte den Begriff in ihrer Essay-Sammlung *Die Antifeministen* (2014 [1902]) analog zum Begriff des Antisemitismus (Maurer 2018: 42). Allerdings geriet der Begriff des Antifeminismus mit dem Ende der alten Frauenbewegung im Nationalsozialismus in Vergessenheit. Als mit der neuen Welle des Feminismus ab den 1980er Jahren der Antifeminismus wieder erstarkte, wurde dies – inspiriert vom Susan Faludis 1991 erschienenem Buch – zunächst als ‚Backlash‘ gegen den Feminismus diskutiert (Schmincke 2018: 31). Erst seit den 1990er Jahren wird ‚Antifeminismus‘ wieder als analytische Kategorie verwendet (Blum 2019: 37) – beispielsweise in der Studie von Ute Planert (1998) zu Antifeminismus im wilhelminischen Kaiserreich. Planert (1998: 12) unterscheidet *organisierten Antifeminismus* als der „institutionalisierten Opposition zu Emanzipationsforderungen“ der Frauenbewegung von Misogynie als kulturell verankerter „Vorstellung einer ontologischen Minderwertigkeit von Frauen“ und von Frauenfeindlichkeit als „bewussten Handlungen und politischen Praktiken, die darauf abzielen, die Diskriminierung von Frauen in die Tat umzusetzen“. Schmincke (2018: 28) verwendet dagegen einen *einstellungs- und handlungsbasierten Begriff von Antifeminismus* als „Einstellungen und Verhaltensweisen [...], die sich gegen die Frauenbewegung respektive den Feminismus und dessen Errungenschaften richten“.

Im REVERSE-Projekt entwickelten wir anknüpfend an diese Debatten in einem kollektiven Diskussionsprozess ein eigenes Verständnis von Antifeminismus.⁴ Wir fassen *Antifeminismus als analytischen Strukturbegriff*, der auf einen ebenso analytisch gedachten Begriff von Feminismus als Gegenhorizont verweist (BirsI in diesem Band). Da sich unter dem Dach des Feminismus sehr unterschiedliche Denkhorizonte und politische Stoßrichtungen versammeln, schlagen wir als Orientierungspunkt unter Rückgriff auf innerfeministische analytisch-konzeptionelle Debatten einen herrschaftskritischen Feminismusbegriff vor, wie ihn Ingrid Kurz-Scherf (2002) angelehnt an die feministische kritische Theorie entwickelt hat: Sie betrachtet nicht Geschlecht, sondern Herrschaft und Emanzipation als Zentralkategorien von Feminismus (Kurz-Scherf 2002: 44). Feministische Emanzipationsbestrebungen zielen aus dieser Perspektive auf eine Kritik an und Überwindung von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und weisen in dieser Ausrichtung Verbindungslinien zu kapitalismuskritischen, rassismuskritischen und – so lässt sich ergänzen – gegen Antisemitismus gerichteten, postkolonialen und queer-feministischen Bewegungen und Bestrebungen auf.

Feminismus verstehen wir somit als intersektionales Projekt, das auf die Aufhebung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse zielt und eine Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechterverhältnisse anstrebt. Feministische Politiken weisen in ihrer konkreten Ausgestaltung dieser Ziele jedoch oftmals Leerstellen oder Widersprüche auf und können selbst diskriminierende Formen annehmen. *Antifeminismus* bezeichnet eine entgegengesetzte weltanschauliche Position, „der es um die Gegnerschaft zu [...] Prozessen der gesellschaftspolitischen Liberalisierung und Entnormierung von Geschlechterverhältnissen geht sowie um die Aufrechterhaltung heteronormativer Herrschaftsverhältnisse.“ (Lang/Fritzsche 2018: 340) Antifeminismus reagiert auf historische Prozesse der Emanzipation in Bezug auf rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung und strebt danach, sowohl schon erreichte, als auch noch zu erkämpfende emanzipatorische Politiken zu verhindern oder rückgängig zu machen, um die gesellschaftliche Vormachtstellung hegemonialer Formen der Geschlechterverhältnisse einschließlich der darin enthaltenen Privilegienstrukturen abzusichern. Antifeminismus tritt in je zeitgenössischen Formationen in Reaktion auf spezifische geschlechter- und sexualitätsbezogene Kämpfe auf und muss aus intersektionaler Perspektive analysiert werden.

4 Besonderer Dank gilt der Redaktionsgruppe des projektinternen Glossar-Eintrags zum Stichwort ‚Antifeminismus‘ (Denise Bergold-Caldwell, Bärbel Grubner, Anna Elsässer, Anna Lena Oldemeier, Christopher Fritzsche und Juliane Lang), die unsere Debatten vorangetrieben und so die Grundlage für den hier zitierten Antifeminismus-Begriff (Lang/Fritzsche 2018: 340) geschaffen hat.

Dieses Verständnis von Antifeminismus ermöglicht es, aktuelle Angriffe gegen ‚Gender‘ in eine historische Kontinuität zu stellen und den Wandel antifeministischer Diskurse im Zeitverlauf sowie in unterschiedlichen empirischen Feldern vergleichend zu untersuchen. Feminismus und Antifeminismus lassen sich somit als weltanschauliche Positionen in sozialen und politischen Kämpfen um gesellschaftliche Hegemonie begreifen. Analytisch ist die Aufmerksamkeit dabei auf (heterogene) *antifeministische Akteurskonstellationen* zu richten,

„die sich – in organisierter Form – in expliziter Gegnerschaft zu einem von ihnen als omnipotent beschriebenen Feminismus positionieren und/ oder sich in Diskussionen um familien-, geschlechter- und sexualitätsbezogene Themen heteronormativ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familialer Lebensformen und eine damit einhergehende Anerkennung derselben in ihrer Vielfalt stellen.“ (Lang/Peters 2015: 4)

Frey et al. (2014: 17ff) identifizieren im deutschsprachigen Antifeminismus fünf Akteursgruppen: eine „journalistische Gender-Gegnerschaft“, die in den Medien gegen ‚Gender‘ und Gender Mainstreaming polemisiert; sogenannte „Wissenschaftlichkeitswächter“, die der Geschlechterforschung Unwissenschaftlichkeit vorwerfen; der „christliche Fundamentalismus“, der neben der Kritik an ‚Gender‘ durch die Sorge um die Sexualmoral und den Kampf gegen die reproduktiven Rechte von Frauen* motiviert sei; „explizit antifeministische Akteur_innen“, die ein Selbstverständnis z.B. als Maskulinist*innen, Männerrechtler*innen oder Antifeminist*innen aufwiesen; und „rechte Organisationen“. Lang/Peters (2018b: 19) ergänzen „christlich-konservative Akteure“ und differenzieren das rechte Akteursspektrum aus in „ein völkisch-neonazistisches Milieu, ein neurechtes-diskursorientiertes Milieu und einen parlamentsorientierten Rechtspopulismus“. Antifeminismus ist (zumindest bislang) kein einheitliches politisches Projekt, auch wenn es Schlüsselpersonen gibt, die zugleich in verschiedenen politischen Spektren und Akteursgruppen agieren. Vielmehr handelt es sich um ein heterogenes Akteursspektrum mit ideologisch diversen Positionen, das erst durch die Ablehnung feministischer Emanzipationsbestrebungen bzw. durch die Gegnerschaft zu ‚Gender‘ miteinander verbunden wird.

In der Literatur werden unterschiedliche Vorschläge zur Charakterisierung des aktuellen Antifeminismus gemacht: Im Spektrum der Männerrechtsbewegung bzw. des Maskuli(ni)sasmus wird seit Längerem ein aggressiver Antifeminismus beobachtet, der zunächst vor allem im Internet auftrat (Gesterkamp 2010; Rosenbrock 2012; Claus 2014) und Überschneidungen mit dem rechten Spektrum aufweist (Kemper 2011). Scheele (2015: 33) zufolge hat sich ein Teil dieser Gruppierungen inzwischen einer breiteren antifeministischen Mobilisierung angeschlossen: Er beobachtet gegen 2010 eine diskursive Verschiebung vom männerzentrierten Antifeminismus, der auf die Verteidigung von ‚Männern‘ gegen ‚Frauen‘ bzw. gegen ‚den Fe-

minismus‘ zielte, zum familienzentrierten Antifeminismus, der eine „rassistisch, nationalistisch, sexistisch, homophob aufgeladene Familiennorm“ ins Zentrum stelle (ebd.): Die als *weiß* imaginierte bürgerliche heteronormative Kernfamilie einschließlich ihrer repressiven Sexualmoral müsse vor ihrer vermeintlichen Unterdrückung durch ‚Minderheiten‘ geschützt werden, denen eine bedrohliche Sexualität oder Geschlechtsidentität zugeschrieben werde (ebd.). Das Bedrohungsszenario ‚Geschlechterkampf‘ werde dabei vom Bedrohungsszenario ‚Umerziehung und Sexualisierung‘ abgelöst (Scheele 2015: 34). Schmincke (2018: 19) diagnostiziert hingegen einen genderzentrierten Antifeminismus, der sich nicht primär gegen ‚Feminismus‘, sondern gegen ‚Gender‘ wende.

Intersektionale Verschränkungen von Antifeminismus mit weiteren Ungleichheitsideologien wurden bislang vor allem mit Blick auf Homo-/Transfeindlichkeit (z.B. Kuhar/Paternotte 2017), Antisemitismus (vgl. etwa Fedders 2018) und Rassismus untersucht. Die Analyse der Verschränkung von Antifeminismus mit sozio-ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen steht noch in den Anfängen (z.B. Grzebalska/Zacharenko 2018), auch wenn einige Autor*innen die Zunahme sozio-ökonomischer Risiken als Ursache von Antifeminismus betrachten (vgl. Abschnitt 3). Bezüglich der Verschränkung von (Anti-)Feminismus und Rassismus steht die Vereinnahmung emanzipatorischer Anliegen in migrationskritischen Debatten im Zentrum: Sarah Farris (2017: 5) prägte den Begriff ‚Femonationalismus‘ als Bezeichnung für die Kooptation feministischer Anliegen (und einzelner feministischer Aktivist*innen) für nationalistische und neoliberale Kampagnen gegen den Islam und gegen Zuwanderung. Nach den sexuellen Übergriffen junger, als ‚nordafrikanisch‘ gelabelter Männer* gegenüber Frauen* in der Silvesternacht 2015/16 in Köln nahm die rassistische Vereinnahmung feministischer Forderungen an Fahrt auf. Gabriele Dietze (2016) bezeichnete die Thematisierung sexualisierter Gewalt als Problem der kulturell ‚Anderen‘ als „Ethnisierung von Sexismus“. Sager und Mulinari (2018: 151) nutzen in ihrer Analyse rechter antifeministischer Mobilisierungen in Schweden den Begriff ‚*care racism*‘. Dieser bezeichnet einen in der Logik von Blutsbanden gründenden rechten Antifeminismus, dessen zentraler Bezugsrahmen die traditionelle Familie ist, basierend auf einem Verständnis des Mannes* als Beschützer und der Frau* als Fürsorgenden. Keskinen (2018: 160) beobachtete in Finnland ein Phänomen, das sie als ‚*white border guard femininities*‘ bezeichnet: *weiße* Frauen*, die in den Sozialen Medien, in extrem-rechten Gruppen und bei Demonstrationen für eine Schließung der Grenzen mobilisierten und in den Medien als Mütter portraitiert wurden, die sich um die Sicherheit ihrer Töchter vor sexuellen Übergriffen durch Geflüchtete sorgten. Hier zeigen sich Parallelen zu den Debatten in der deutschen extremen Rechten über ‚wehrhafte‘ oder ‚soldatische‘ Männlichkeit (Claus/Lehnert/Müller 2010) sowie zu der von Judith Goetz (2017) bei Teilen der *Identitären* beobachteten Suche nach einem ‚völkischen Feminismus‘ (Goetz 2017: 268), der den „Verweis auf ‚Unsere Frauen‘“ strategisch einsetze, um

z.B. unter rassistischen Vorzeichen gegen Sexismus zu protestieren (Goetz 2017: 267).

„Feminismus“ dient demnach in antifeministischen Diskursen nicht nur als Feindbild, sondern feministische Anliegen werden teilweise auch selektiv für eigene Zwecke vereinnahmt. Hier gibt es gewisse Parallelen zur These einer Vereinnahmung des Feminismus durch den Neoliberalismus: Die US-amerikanische Sozialphilosophin Nancy Fraser (2017) geht für die USA von einer Allianz von Feminismus und Neoliberalismus aus. Der so entstandene progressive Neoliberalismus als Allianz zwischen „tonangebenden Strömungen der neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und den Verfechtern von LGBTQ-Rechten)“ mit ökonomischen Sektoren „von hohem Symbolgehalt (Wall Street, Silicon Valley und Hollywood)“ (Fraser 2017: 72) habe den deindustrialisierten „*Rust Belt*“ vernachlässigt und so dem „reaktionären Populismus“ (Fraser 2017: 74) Auftrieb verliehen. Die britische Kulturwissenschaftlerin Angela McRobbie (2010) beobachtet in westlichen Gesellschaften die Herausbildung eines neuen Geschlechtervertrags, der Feminismus als bereits umgesetzt betrachte. Frauen* und Angehörige marginalisierter Gruppen würden durch das Versprechen beruflicher Aufstiegschancen und sexueller Freiheiten in die neue Geschlechterordnung eingebunden – vorausgesetzt, sie distanzieren sich vom Feminismus als sozialer Bewegung. Fortbestehende Probleme der geschlechtlichen Arbeitsteilung oder geschlechtsbasierte Gewalt würden geleugnet oder individualisiert, weshalb McRobbie diesen neuen Geschlechtervertrag auch als „sophisticated anti-feminism“ (McRobbie 2011) bezeichnet. Zu einer ähnlichen Interpretation kommen Klaus und Lünenborg (2013) in ihrer Analyse zeitgenössischer medialer Geschlechterdiskurse in Deutschland. Die Medien, so die Autorinnen, bedienen sich „heute vielfach einer emanzipatorischen Rhetorik, die um die Begriffe von Wahl- und Entscheidungsfreiheit, Selbstbewusstsein, Erfolg und Leistungswillen kreist.“ (Klaus/Lünenborg 2013: 86) Die Kritik an gesellschaftlichen Exklusions- und Diskriminierungsmechanismen werde angesichts des Credo „Alles ist möglich“ desavouiert, und im Journalismus sei eine Abwertung feministischer Positionen zu beobachten (ebd.).

Analytisch handelt es sich bei Antifeminismus und Postfeminismus durchaus um unterschiedliche Phänomene: Die Norm der Geschlechtergleichheit wird im Postfeminismus keineswegs abgelehnt – vielmehr wird es den Individuen anheimgestellt, durch ihre freie Entscheidung, ihre Leistungsbereitschaft und die Arbeit an sich selbst das Versprechen der Gleichheit in die Tat umzusetzen. Der Postfeminismus ist somit keine weltanschauliche Gegenbewegung zur gesellschaftspolitischen Liberalisierung und Entnormierung von Geschlechterverhältnissen. Allerdings bietet er durch die Leugnung fortbestehender struktureller Ungleichheiten durchaus Anknüpfungspunkte für die Ablehnung feministischer Forderungen. Mit dem Aufruf, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, ist zudem eine Entpolitisierung von Geschlechterfragen verbunden. In gesellschaftlichen Diskur-

sen scheinen die Grenzen zwischen Feminismus, Antifeminismus und Postfeminismus jedoch bisweilen zu verschwimmen.⁵ So argumentiert beispielsweise Gill (2018: 19), dass das „zeitgenössische kulturelle Feld“ im Neoliberalismus durch die Koexistenz feministischer, post- und antifeministischer Ideen gekennzeichnet sei. Gill betont die Nähe von Postfeminismus und Neoliberalismus:

„Im Verhältnis zum Neoliberalismus lässt sich eine verblüffende Ähnlichkeit des idealtypischen neoliberalen Subjekts – autonom, frei entscheidend, unternehmerisch – mit postfeministischen Weiblichkeiten aufzeigen. Und vielleicht handelt es sich bei Postfeminismus schlicht um geschlechtsspezifischen Neoliberalismus.“ (Gill 2018: 14)

Obwohl am Ausgangspunkt unserer Überlegungen ein analytisch gewonnener herrschaftskritischer Feminismus-Begriff stand, gewann der Begriff des Postfeminismus im Laufe unserer empirischen Arbeit an Bedeutung: Während sich dezidiert antifeministische Bedrohungsszenarien vor allem im christlich-fundamentalistischen und rechten Spektrum fanden, scheint eine in vielen unserer Untersuchungsfelder verbreitete postfeministische Haltung für eine breitere Anschlussfähigkeit von Versatzstücken antifeministischer Argumentationen zu sorgen. Dies kritisieren wir im Lichte unseres intersektionalen, herrschaftskritischen Feminismus-Begriffs als Verkürzung feministischer Anliegen.

Unsere Ergebnisse deuten zudem darauf hin, dass in antifeministischen Diskursen je nach Praxisfeld unterschiedliche thematische Aspekte in den Vorder- bzw. Hintergrund gerückt werden, also eher von einem Nebeneinander als von einer Abfolge unterschiedlicher antifeministischer Diskursstränge auszugehen ist: In den politischen Leitmedien und in der Wissenschaft richten sich die Angriffe in erster Linie gegen ‚Gender‘. In anderen Untersuchungsfeldern werden dagegen die vermeintliche Bedrohung der Gesellschaft durch Einwanderung und daran geknüpfte antifeministische Bedrohungsszenarien, der Diskurs über die angebliche Bedrohung der Familie und damit auch der Gesellschaft durch sexuelle Vielfalt oder Fragen des Kindeswohls in den Mittelpunkt gestellt. Daher sind wir auf Grundlage unserer Befunde dazu übergegangen, von *Antifeminismen* – also empirisch identifizierbaren unterschiedlichen Spielarten von Antifeminismus – zu sprechen.

5 Diese ‚Grauzonen‘ zwischen Feminismus und Antifeminismus thematisierte der internationale Workshop *Blurring Boundaries? Re-Articulations of Feminisms and Gender Politics in the Context of Right-Wing Mobilizations in Europe*, der am 23. bis 25.05.2019 mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Universität Marburg stattfand und von Annette Henninger, Juliane Lang und Katharina Pühl organisiert wurde. In der Anfangsphase der Konzeptentwicklung unterstützte uns zudem Dorothee Beck.

3. ERKLÄRUNGSVERSUCHE FÜR DAS ERSTARKEN DES ANTIFEMINISMUS

In der Forschung besteht Einigkeit darüber, dass Antifeminismus eine Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen sowie eine Bewältigungsstrategie im Umgang mit Gefühlen von Unsicherheit sei (zusammenfassend etwa Blum 2019: 97). In der deutschsprachigen Geschlechterforschung dominiert eine – allerdings theoretisch noch wenig ausgearbeitete – modernisierungstheoretische Perspektive. In der internationalen Literatur wird dagegen auf die Forschung zu sozialen Bewegungen zurückgegriffen, und in der geschlechtersensiblen Rechtsextremismus-Forschung sowie in jüngeren feministisch-politikwissenschaftlichen Analysen wird Antifeminismus als gezielte politische Strategie rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Akteursgruppen analysiert, die – wie es Gabriele Wilde und Birgit Meyer (2018) auf den Punkt bringen – einen „Angriff auf die Demokratie“⁶ darstellt. Diese unterschiedlichen Erklärungsansätze werden nun vorgestellt.

3.1 Antifeminismus als ‚Unbehagen an der Moderne‘

Ute Planert (1998: 13) interpretierte den Aufstieg des Antifeminismus im Kaiserreich als Ausdruck eines „bürgerliche[n] Unbehagen[s] an der Moderne“ angesichts von wirtschaftlichem und sozialem Wandel sowie der Formierung der Frauenbewegung. Organisatorischer Knotenpunkt war der 1912 gegründete *Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation* mit dem Motto: „Dem Mann der Staat, der Frau die Familie“. Um den Bund herum rekonstruiert Planert ein antifeministisches Netzwerk, das vorwiegend aus Organisationen des konservativ-nationalistischen und völkischen Spektrums bestand (1998: 15). Zwar agitierten auch bürgerliche Frauen*, die ihre Identität als Hausfrauen, Gattinnen und Mütter bedroht sahen, gegen Frauenemanzipation (Planert 1998: 263). Die zentralen Protagonisten waren jedoch männlich: Neben Berufsverbänden, die weibliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt fürchteten, bekämpften auch weite Teile der Eliten die Emanzipationsbestrebungen der Frauenbewegung, darunter neben „Staatsbürokraten, Hochschullehrern, Offizieren und Pfarrern auch Vertreter der neuen Leitwissenschaften Medizin und Biologie, dazu Juristen, Publizisten und Politiker“ sowie „[b]ürgerliche Kulturwächter“ (Planert 1998: 260). Zwar, so Planert (ebd.), variierten antifeministische Argumentationsmuster bei diesen Akteuren durchaus; jedoch verknüpften sie

6 So lautet der Titel des von Wilde und Meyer herausgegebenen Schwerpunkthefts der Zeitschrift *femina politica*.

„die Gegnerschaft zur Frauenemanzipation mit Antisemitismus, Nationalismus, Demokratiefeindlichkeit, Antiparlamentarismus und Antikapitalismus, der Bekämpfung der Sozialdemokratie sowie der Ablehnung urbaner Zivilisation und der Massengesellschaft zu einer umfassenden Kritik an der Moderne, als deren Chiffren ‚der Jude‘ und ‚das Weib‘ erschienen.“ (Planert 1998: 260)

Diese Perspektive auf Antifeminismus als ‚Unbehagen an der Moderne‘ wird in aktuellen deutschsprachigen Analysen aufgegriffen. So betont etwa Schmincke (2018) die Ambivalenz modernisierungsbedingter gesellschaftlicher Veränderungen, die einerseits mit Freiheits- und Gleichheitsversprechen, andererseits mit dem Verlust von alten Ordnungsvorstellungen und den damit verbundenen Privilegienstrukturen einhergehen. Schmincke sieht Antifeminismus als Reaktion auf diese ambivalente Konstellation (2018: 28). Kontrovers wird jedoch diskutiert, ob Antifeminismus eine Reaktion auf reale Veränderungen darstellt – z.B. auf Gesetzesvorhaben oder ökonomische Prekarisierung – oder eine Abwehr subjektiv wahrgenommener Bedrohungen ist. Damit gehen unterschiedliche Mutmaßungen über seine Trägergruppen einher: Sind es eher Männer* oder auch Frauen*? Sind es vor allem von Prekarisierung bedrohte ‚Modernisierungsverlierer*innen‘, Angehörige der Mittelschichten, oder sind – wie von Planert (1998) herausgearbeitet – nicht vielmehr Teile der gesellschaftlichen Eliten zentrale Protagonist*innen des Antifeminismus?

Einstellungsuntersuchungen geben hierzu bislang wenig Aufschluss. Die Panel-Daten zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit messen lediglich sexistische Orientierungen (stellv. Zick/Küpper/Krause 2016; Decker/Kiess/Brähler 2016), die in allen sozialen Schichten tief verankert sind (Birsl 2011). Paradox erscheint, dass Daten aus dem *European Social Survey* aus den Befragungswellen 2004 bis 2010, also zeitgleich mit dem Erstarken antifeministischer Mobilisierungen, europaweit auf eine Liberalisierung gesellschaftlicher Einstellungen zu ökonomischer Geschlechtergleichstellung und Homosexualität hinweisen. Eine starke Ablehnung dieser Items äußerten deutlich unter zehn Prozent der Befragten, vor allem Ältere (über 65), stark religiöse und sehr traditionalistische Personen (Spierings 2018). Auch Amy Alexander und Christian Welzel (2017) konstatieren in ihrer Analyse des Wertewandels in sieben etablierten Demokratien – darunter auch Deutschland – auf Basis von Daten aus der *European Values Study* und dem *World Values Survey* eine Liberalisierung seit Mitte der 1990er Jahre. Diese sei am stärksten ausgeprägt bei sexualitätsbezogenen Normen und zeige sich an der verstärkten Toleranz von Scheidungen, Abtreibung und Homosexualität (Alexander/Welzel 2017: 3). Allerdings vollzogen nicht alle gesellschaftlichen Gruppen diesen Trend gleichermaßen nach: Während die untere und obere Mittelklasse einen deutlichen Liberalisierungsschub durchlief, fiel er bei der Ober- und Unterklasse deutlich geringer aus (Alexander/Welzel 2017: 11, Abb. 7). Möglicherweise liegt hier ein Schlüssel zur Erklärung der starken Präsenz bildungsbürgerlicher Protagonist*innen (Wissenschaft-

ler*innen, konservative Journalist*innen) im aktuellen Antifeminismus. Allerdings bedarf die Frage, welche sozio-ökonomischen Strata der Bevölkerung warum besonders ‚anfällig‘ für antifeministische Einstellungen sind und ob wir es tatsächlich mit einer Ausbreitung antifeministischer Einstellungen oder vielmehr mit einer kleinen Gruppe medial lautstark agierender Akteur*innen zu tun haben, der weiteren Erforschung. Um die affektive Aufladung antifeministischer Diskurse zu verstehen, sind zudem sozialpsychologische Analysen hilfreich, die die psychische Verarbeitung von Krisenerfahrungen, Identitätsverunsicherungen oder Ängsten in Form von projektiven Strategien des *othering* und affektiv stark aufgeladenen Feindbildkonstruktionen analysieren (z.B. Pohl 2011; Krüger-Kirm/Tichy in diesem Band).

Die Annahme, dass die Zunahme von Antifeminismus eine unmittelbare Reaktion auf gleichstellungspolitische Reformen beziehungsweise deren Implementierung sei (Blum 2019: 99), erscheint zu kurz gegriffen: Hierfür sind das Timing, der Verlauf und die Intensität antifeministischer Mobilisierungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern und auch im Ländervergleich zu divergent. Auch der Verweis auf die Verunsicherung des gesellschaftlichen Geschlechterwissens durch die Gender Studies (z.B. Hark/Villa 2015; Kuhar/Paternotte 2017) vermag als alleinige Erklärung nicht zu überzeugen: So sieht etwa Villa (2017) den Verlust ‚natürlicher‘ Subjekte und Identitäten, die bislang die implizite Basis für die politische Sphäre darstellten, als zentrale Ursache für populistische Diskurse gegen ‚Gender‘. Damit werde die in akademischen Debatten artikulierte Vorstellung von Gender als komplexe, intersektionale, sozial konstruierte und prekäre Identität zurückgewiesen (Villa 2017: 100). Während die Interpretation von Antifeminismus als Abwehrstrategie gegen die Verunsicherung geschlechterbezogener Normalitätsannahmen sehr plausibel erscheint, wird der Bedeutungsgehalt von Gender bei Villa damit jedoch auf (Geschlechts-)Identität reduziert – eine Perspektive, die der Komplexität gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse nicht gerecht wird.

Differenzierter argumentieren Christine Wimbauer, Mona Mokatef und Julia Teschlade (2015). Sie vertreten die These, dass Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung in aktuellen Diskursen teils zu recht, teilweise aber auch zu unrecht für komplexe gesellschaftliche Veränderungen verantwortlich gemacht werden, um so „Erfahrungen der Prekarität und Prekarisierung“ in den Griff zu bekommen (Wimbauer/Mokatef/Teschlade 2015: 43). Die Autorinnen konstatieren männliche Prekarisierungsängste angesichts von Wandel in der Erwerbssphäre, der sozialpolitisch beförderten Erosion des Ernährermodells sowie dem Brüchigwerden von Selbstverständlichkeiten und Normalitätsannahmen über die Geschlechterverhältnisse. Zwar würden für Letzteres zu recht die Geschlechterforschung, Gleichstellungspolitik und emanzipatorische Bewegungen verantwortlich gemacht; die Erosion des Ernährermodells, der Umbau des Sozialstaates und die Aufwertung von

Diversität seien aber ebenso Produkt einer neoliberalen Transformation des Kapitalismus, in deren Zuge Feminismus als überholt abgewickelt werde.

Die Autorinnen beziehen somit neben Veränderungen des gesellschaftlichen Geschlechterwissens auch weitere, ökonomisch und politisch bedingte, Veränderungsprozesse in ihre Analyse ein und geben den wichtigen Hinweis, dass es in antifeministischen Diskursen auch zu Verzerrungen kommen kann – ebenso wie, so ließe sich ergänzen, zu Dethematisierungen oder zur Verschiebung der Problembearbeitung. So vertritt Ganz (2015: o.S.) die These, bei dem Kampf gegen einen vermeintlichen ‚Gender-Wahn‘ handle es sich um „reaktionäre Formen der Krisenbearbeitung im Kontext einer Krise der sozialen Reproduktion“. Gesellschaftliche Verwerfungen, die durch neoliberalen Verwertungsdruck entstehen, würden „auf kulturellem Terrain bearbeitet (Werte, Islamisierung, Identität etc.) und zugleich als Verteilungskampf zwischen (im völkischen Sinne) Deutschen und Nicht-Deutschen inszeniert.“ (ebd.)

Deutlich wird hier, dass die Beantwortung der Frage, auf *welche* Veränderungen im Geschlechterverhältnis Antifeminismus *wie* reagiert, einer gesellschaftstheoretischen Rahmung bedarf. Anregungen hierfür fanden wir bei Ilse Lenz (2013). Lenz betrachtet Geschlecht als gesellschaftliche Strukturkategorie, die Machtverteilungen und Hierarchien, Produktion und Reproduktion sowie Sexualität und Körperlichkeit regelt (2013: 208f). Sie unterscheidet zwischen der gesellschaftlichen Geschlechterordnung und einer hiervon relativ autonomen Geschlechterkultur (Lenz 2013: 206). Ihr Konzept ist somit geeignet, sowohl strukturelle Veränderungen im Geschlechterverhältnis als auch Veränderungen im gesellschaftlichen Geschlechterwissen in die Analyse einzubeziehen. Zusätzlich haben wir feministisch-regulationstheoretische Überlegungen herangezogen, um den Wandel der Geschlechterverhältnisse im Kontext der Transformation des Kapitalismus zu analysieren und einen analytisch informierten Krisenbegriff zu gewinnen. Dies ermöglicht es, Krisendiagnosen in feministischen Gesellschaftsdiagnosen und antifeministische Bedrohungsszenarien systematisch zu vergleichen (vgl. Henninger et al. in diesem Band).

3.2 Antifeminismus als soziale Bewegung

Bereits Planert (1998: 14) bezeichnet den historischen Antifeminismus als soziale Bewegung. Auch in anderen Analysen wird Antifeminismus bzw. ‚Anti-Genderismus‘ als Gegenbewegung zur Frauenbewegung bzw. zum Feminismus betrachtet, ohne jedoch explizit auf die Bewegungsforschung zurückzugreifen. Eine solche analytische Rahmung findet sich in internationalen Forschungsbeiträgen.

Paternotte/Kuhar (2017a) verstehen Anti-Gender-Kampagnen in Europa als Teil einer transnationalen Bewegung (ebd.: 2), zu deren Analyse sie das begriffliche Repertoire der Bewegungsforschung nutzen. Sie gehen davon aus, dass die katholische

Kirche den Interpretationsrahmen (Frame) ‚Gender-Ideologie‘ Mitte der 1990er Jahre als Gegenstrategie gegen die Anerkennung sexueller und reproduktiver Rechte auf UN-Ebene entwickelt habe (2017a: 10). Die Resonanz dieses Frames erklären die Autoren mit der aktuellen Welle des Rechtspopulismus in Europa (2017a: 14). Länderübergreifend beobachten Paternotte/Kuhar (2017b) ein gemeinsames Protestrepertoire. Für den Erfolg nationaler Anti-Gender-Bewegungen seien institutionelle und diskursive Gelegenheitsstrukturen entscheidend, wie das nationale Verhältnis von Kirche und Staat (Paternotte/Kuhar 2017b: 266f), EU-Skeptizismus, nationale und rassistische Ängste angesichts der sogenannten Flüchtlingskrise, des Islam und der Globalisierung, sowie die Sorge um die (Re-)Produktion der Nation (Paternotte/Kuhar 2017b: 268). Eine wichtige Erkenntnis dieser Analyse ist die Relevanz des politischen Kontexts für die Erklärung von Verlauf und Erfolgen antifeministischer Mobilisierungen.

Allerdings wird in der Forschung durchaus bezweifelt, ob es sich bei Anti-Gender-Mobilisierungen überhaupt um eine soziale Bewegung handelt: Mieke Verloo (2018a) hebt die Relevanz von Akteur*innen aus der etablierten Politik (Parteien, Parlamente, Regierungen, Gerichte und staatliche Verwaltungen) für die Opposition gegen „gender+ equality“ hervor. Für deren Erfolg sei es zentral, wie stark die nationalen demokratischen Institutionen seien – und wieviel Macht in den Händen der Verbündeten und Gegener*innen des feministischen Projekts liege (ebd.). Die Aktivitäten von religiösen, rechtspopulistischen und rechtsextremen ‚Gender‘-Gegner*innen würden durch strukturelle Veränderungen begünstigt, zu denen Verloo (2018a: 4) eine Erosion der Demokratie, den Aufstieg des Neoliberalismus und die damit verbundene Zunahme sozialer Ungleichheiten, Neonationalismus und den Anstieg politischer Gewalt zählt.

Conny Roggeband (2018) postuliert gestützt auf eine machtanalytisch informierte Variante des Konzepts von *movement/countermovement dynamics* einen Machtvorsprung antifeministischer Akteur*innen: Diese könnten sich bei der Verteidigung traditioneller Ungleichheiten auf institutionelle Machtressourcen und etablierte Eliten stützen. Die Wahrscheinlichkeit antifeministischer Gegenmobilisierungen steige, wenn feministische Bewegungen moderate Erfolge hätten, wenn gesellschaftliche Gruppen (darunter auch konservative Frauen*) ihre Interessen oder ihren Status bedroht sehen oder wenn Eliteakteur*innen sich davon Einfluss auf staatliche Politiken versprächen. Roggeband plädiert dafür, analytische Konzepte aus der Bewegungsforschung für die Analyse von Antifeminismus zu modifizieren: Bezüglich politischer Gelegenheitsstrukturen sei zu beachten, dass feministische Bewegungen und ihre Gegenbewegungen unterschiedliche Verbündete hätten (2018: 34). Der Ansatz der Ressourcenmobilisierung müsse um die Reflexion von Effekten des Patriachats erweitert werden, die es den Gegner*innen des Feminismus erleichterten, Unterstützung zu mobilisieren (ebd.). Zudem seien transformativ (feministische) Frames oft herausfordernder im Vergleich zu konservativen

Frames, die den Status quo verteidigten (Roggeband 2018: 35). Die Grenzen der Bewegungsforschung für die Analyse von Antifeminismus sieht Roggeband darin, dass ein Großteil der Gegnerschaft von etablierten, nicht-bewegungsförmigen Akteur*innen ausgehe. Zudem gebe es subtile Formen antifeministischer Mobilisierung, z.B. Diskurse in den Medien und in der Wissenschaft, die sich nicht als soziale Bewegung fassen ließen (Roggeband 2018: 35).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Analysen unter Rückgriff auf die Bewegungsforschung den strategischen Charakter des von antifeministischen Akteur*innen gewählten Framings betonen und hervorheben, dass Verlauf, Intensität und Erfolge antifeministischer Mobilisierungen von institutionellen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen beeinflusst werden, zu denen das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, die Stärke rechter Bewegungen und Parteien, der Zustand der Demokratie sowie der Aufstieg des Neoliberalismus zählen. Antifeminismus erscheint hier somit nicht als (individuelles) ‚Unbehagen an der Moderne‘, sondern als von strategisch handelnden Akteur*innen herbeigeführte Mobilisierungen, deren Auftreten und Verlauf stark von Kontextbedingungen abhängig sind.

3.3 Antifeminismus als „Angriff auf die Demokratie“

Verloo (2018a) und Roggeband (2018) betonen, dass die (in der Bewegungsforschung oft als gegeben vorausgesetzte) Qualität der Demokratie eine zentrale Kontextbedingung für antifeministische Mobilisierungen darstellt. Dieser Aspekt wird in jüngeren feministisch-politikwissenschaftlichen Analysen zunehmend ins Zentrum gerückt. Gabriele Wilde und Birgit Meyer (2018) bezeichnen die Gefährdung demokratischer Geschlechterverhältnisse durch die autoritären Politiken rechtspopulistischer und rechtsextremer Akteur*innen als „Angriff auf die Demokratie“. Hier zeichnet sich eine Konvergenz von Erkenntnissen der gendersensiblen Rechtsextremismusforschung, aus der Analyse von Mobilisierungen gegen ‚Gender‘ und der feministischen Demokratieforschung ab (vgl. auch Birsl in diesem Band) – Forschungsstränge, die bislang eine wechselseitige Rezeptionssperre aufwiesen.

Die gendersensible Rechtsextremismus-Forschung thematisiert seit Längerem, dass rechte Ideologien mit partiell traditionellen Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit sowie mit eigenen Entwürfen gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse verknüpft sind (z.B. Claus/Lehnert/Müller 2010; Birsl 2011; Bitzan 2017). Traditionell sind dabei vor allem die Vorstellungen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und zur Familie, die die Reproduktion der Gesellschaft, der Nation oder des ‚Volkes‘ sichern soll. Jedoch wird auch der Wandel der Geschlechterverhältnisse aufgegriffen und kontrovers verhandelt, wie z.B. Judith Goetz (2017) an Positionen zu Feminismus und Homosexualität bei den *Identitären* zeigt. Dabei zeigt sich eine doppelgesichtige Strategie zwischen der Überhöhung des Feminismus zum

„totalen Gegner, [...] dem gegenüber Haß, Ablehnung, selbst Bedrohungen und Gewalt legitim erscheinen“ (Lenz 2013: 220), und der Vereinnahmung feministischer Forderungen, die an das eigene Weltbild anschließen. Anders als im historischen Antifeminismus richten sich rechte Mobilisierungen zudem aktuell nicht mehr gegen die Präsenz von Frauen* in der politischen Öffentlichkeit – im Gegenteil: Die Sichtbarkeit von Frauen* in politischen Spitzenpositionen rechter Parteien wird strategisch genutzt, um die Gunst der Wählerinnen zu gewinnen, wie Glaser et al. (2018) für die AfD aufzeigen.

Bislang wurden diese Erkenntnisse in Analysen aus der Geschlechterforschung zum Aufstieg des Antifeminismus bzw. ‚Anti-Genderismus‘ allerdings kaum rezipiert. Auch im Mainstream der Rechtsextremismusforschung fanden sie bisher kaum Widerhall – und dies, obwohl Geschlecht, wie Birgit Sauer (2017: 10) feststellt, „längst zu einem Kernelement rechtspopulistischer Mobilisierung“ geworden ist. Ursula Birsl (2018) bemängelt das Fehlen einer expliziten Auseinandersetzung mit dem Zustand der Demokratie; so könne das Gefährdungspotenzial weltanschaulicher Gegenbewegungen zur Demokratie und zur gesellschaftspolitischen Liberalisierung sozialer Verhältnisse nicht hinreichend erkannt werden. Antifeminismus müsse in der Rechtsextremismusforschung neben Rassismus und Antisemitismus systematischer berücksichtigt werden; alle drei ‚Ismen‘ spiegelten „tiefliegende soziale Herrschaftsverhältnisse und Hegemoniekonflikte, die aktiviert werden, um zu mobilisieren – durchaus aus Überzeugung und nicht (nur) aus populistischen Motiven.“ (Birsl 2018: 378) Mit dem antifeministischen Fokus auf die traditionelle, heteronormative Familie werde zudem der Anschluss an den Neoliberalismus und den Konservatismus gesucht (ebd.).

Nach Wilde und Meyer (2018: 9) attackiert „das autoritäre Streben nach der Zerstörung von Pluralität, Differenz und Vielfalt“ nicht nur die Demokratie als solche, sondern gefährdet demokratische Geschlechterverhältnisse mittels einer Politik, „für die universalistische Werte nicht länger als Quelle für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gelten, sondern als Instrumente für Diskriminierung, Ausgrenzung, Misstrauen und Verachtung umgedeutet werden“. Jedoch würden solche autoritären Interventionen in die Gesellschaft aufgrund der staats- und institutionen-zentrierten Perspektive der Rechtsextremismusforschung bislang kaum zur Kenntnis genommen. Eine solche Analyseperspektive werde durch poststrukturalistische Ansätze ermöglicht, die von einer antagonistischen Beschaffenheit der Gesellschaft als „Formation kontingenter Macht- und Ungleichheitsverhältnisse“ ausgehen (Wilde/Meyer 2018: 11). In autoritären Politiken komme es zur Verengung des politischen Raums durch den Ausschluss alternativer, als bedrohlich gelabelter Geschlechterrollenbilder und Praxen. Ziel sei „die Konstruktion einer geschlossenen Gesellschaft, in der demokratische Geschlechterverhältnisse, die Pluralität geschlechtlicher Identitäten und die Vielfalt von BürgerInnen als Leitbilder nicht mehr vorkommen“ (Wilde/Meyer 2018: 12). Stattdessen übernehmen „die ‚natürli-

che‘ Geschlechterdifferenz und asymmetrische Geschlechterverhältnisse wesentliche und zentrale Ordnungs-, Legitimations-, und Sicherungsfunktionen“ (Wilde/Meyer 2018: 17).

Damit kritisieren Wilde und Meyer eine Forschungsperspektive, die Rechtspopulismus als korrektive, repolitisierende Reaktion auf Neoliberalismus und Globalisierung betrachtet. Gegen diese ‚Korrektiv-These‘ wenden sich auch Michel Dormal und Heike Mauer (2018): Zwar betreibe der Rechtspopulismus – oberflächlich betrachtet – eine Repolitisierung von Globalisierungsfolgen. Er strebe jedoch danach, die durch jahrzehntelange politische Kämpfe erfolgte Politisierung gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse einschließlich der Geschlechterverhältnisse rückgängig zu machen – und damit soziale Hierarchien gegen Kritik zu immunisieren. Dies widerspreche dem Verständnis von Demokratie als „Praxis gleicher Freiheit“, die nicht nur gleiches Stimmrecht, sondern auch politische Alternativen erfordere, über die in „Beratungen auf Augenhöhe“ debattiert werde (Dormal/Mauer 2018: 28). Der Rechtspopulismus bediene mit der Festschreibung von Subjektkonstitutionen und sozialen Hierarchien ein autoritäres Bedürfnis, das einen Angriff auf die Demokratie darstelle – und sei gerade damit erfolgreich (Dormal/Mauer 2018: 31).

Mit ähnlicher Stoßrichtung vertreten Stefanie Mayer, Edma Ajanovic und Birgit Sauer (2018: 38) für Österreich die These, die Debatte über eine vermeintliche ‚Gender-Ideologie‘ richte sich nicht nur gegen Gleichstellungspolitik, sondern „gegen eine sozialdemokratische Politik der Modernisierung der österreichischen Gesellschaft“. Der Diskurs über ‚Gender‘ lasse sich als Teil eines Kampfes um gesellschaftliche Hegemonie begreifen, der sich gegen Tendenzen gesellschaftlicher Liberalisierung und Modernisierung richte (Mayer/Ajanovic/Sauer 2018: 56). Die Debatte folge einer rechtspopulistischen Diskursstrategie, die mit der Bildung von Antagonismen (‚wir‘ gegen ‚die da oben‘ und gegen die ‚Anderen‘) operiere und damit scheinbar unauflösliche Gegensätze konstruiere.

Während Verloo (2018a) und Roggenband (2018) die Qualität der Demokratie als institutionelle Kontextbedingung betrachten, deuten aktuelle feministisch-politikwissenschaftliche Analysen die Mobilisierungen gegen ‚Gender‘ im Horizont eines ‚Angriffs auf die Demokratie‘ durch rechtspopulistische bzw. extrem rechte Akteur*innen. Dieser basiere auf Anti-Pluralismus, einer autoritären Festschreibung nach wie vor ungleicher Geschlechterverhältnisse und gesellschaftlicher Hierarchien. Antifeminismus erscheint hier als ein Kernelement rechter Ideologien von Ungleichheit und als zentrale politische Strategie im Kampf um gesellschaftliche Hegemonie.

4. AUFBAU DES BANDES

Der vorliegende Band stellt erstmals die Ergebnisse des Projekts zu ‚Genderismus‘ in der medialen Debatte und des Projekts REVERSE im Zusammenhang dar. Neben der Präsentation der Befunde zu den sechs untersuchten empirischen Feldern enthält der Band konzeptionelle Überlegungen auf Basis unserer gemeinsamen Diskussionen im Projektzusammenhang. Erfreulicherweise haben sich auch einige unserer Praxispartner*innen aus dem REVERSE-Projekt bereit erklärt, den Band mit eigenen Beiträgen zu bereichern. Die Einleitung (*Teil I*) umfasst neben dem vorliegenden Text Reflexionen zur demokratietheoretischen Einordnung der Befunde von Ursula Birsl (*Paradoxien und Aporien des Antifeminismus*).

Teil II stellt die Befunde der Fallstudien zu Varianten von Antifeminismus und kontextspezifischen Rahmenbedingungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern vor. Unter dem Titel *Arenen für Angriffe oder Arenen der Akzeptanz?* untersucht Dorothee Beck politische Leitmedien als Akteure in ‚Genderismus‘-Diskursen. Bei ihrer Analyse von Thematisierungskonjunkturen und Deutungen von ‚Gender‘ in Medientexten und Leser*innen-Kommentaren konservativer und liberaler Medien beobachtet sie, dass die Häufigkeit der Nennung von Komposita mit ‚Gender‘ zwischen 2006 und 2016 stark zunimmt. Die Thematisierungen reagierten kaum auf externe Ereignisse; die Medien setzten vielmehr eigene Themen, etwa durch die Einladung von Gastbeiträgen. Der Tenor der Berichterstattung zu Gender Studies und geschlechterbewusster Sprache sei medienübergreifend überwiegend kritisch bis abwertend. Über sexuelle Vielfalt werde dagegen auch positiv-wertschätzend berichtet. Die Leser*innen-Kommentare folgten der Tendenz des Blattes: Bei den konservativen Medien sind sie verstärkende ‚Echokammer‘ des kritischen Tenors der Medientexte. Bei den liberalen Medien sei nicht nur die Berichterstattung kontroverser, sondern auch die Kommentare. Diese Befunde interpretiert Beck als Gleichzeitigkeit von Verunsicherungen und Akzeptanz gegenüber der Liberalisierung der Geschlechterordnung bis in konservative Lager hinein.

Im Beitrag *Wissenschaftler_innen vs. Gender Studies* stellt Marion Näser-Lather ihre Diskurs- und Rezeptionsanalyse der Publikationen von zehn akademischen ‚Gender‘-Kritiker*innen vor. Deren Argumentationen glichen überwiegend anderen Akteursgruppen, was die Abwertung der Gender Studies sowie die Warnung von mit ‚Gender‘ verbundenen Gefahren betrafte. Zusätzlich findet sich hier eine wissenschaftstheoretische Ebene: Die untersuchten ‚Gender‘-Kritiker*innen vertraten ein christlich-orientiertes oder positivistisches Wissenschaftsverständnis und betrachteten den Konstruktivismus der Gender Studies als Symptom einer Krise von Wissenschaft. Sie wirkten allerdings kaum in ihre eigenen Disziplinen hinein, sondern nutzten ihre wissenschaftliche Autorität, um in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen Expertise über ‚Gender‘ zu reklamieren und ihren

Argumenten einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben – trotz teilweise eklatanter Verstöße gegen wissenschaftliche Standards. Ihre Publikationen wirkten ins rechten Spektrum hinein. Zudem wird ihnen in den politischen Leitmedien ein Expert*innen-Status eingeräumt: Vor allem in konservativen, aber auch in liberalen Medien seien sie als Gastautor*innen und Interviewpartner*innen gefragt und würden häufig zitiert – hier zeigt sich eine Parallele zur Medienanalyse von Dorothee Beck.

Denise Bergold-Caldwell und Barbara Grubner analysieren unter Mitarbeit von Patricia Rams *Effekte der diskursiven Verknüpfung von Antifeminismus und Rassismus* auf Orientierungskurse für neu Zugewanderte. Vor allem im rechten Spektrum identifizieren sie einen bevölkerungspolitischen Diskurs, der um die Sorge um die nationale Familie kreise. Bis in die politische Mitte hinein reiche ein Diskurs, der die Überlegenheit der westlichen Geschlechterordnung gegenüber rückständigen ‚Anderen‘ proklamiere. Der Diskurs der Gefährdung und Verführung greife mit der Behauptung einer besonderen sexuellen Potenz und Gefährlichkeit des ‚arabischen Mannes‘ alte rassistische Muster auf. In den untersuchten Orientierungskursen finden sich vor allem Elemente des Überlegenheits-Diskurses: Das Ziel, das Geschlechterbewusstsein von Zugewanderten auf das Niveau der in Deutschland vermeintlich erreichten Gleichstellung zu ‚heben‘, spiegle sich in den Curricula und Kursmaterialien. In der Kurspraxis werde Geschlecht zum Teil als individuell zu überwindendes Vorurteil gefasst oder Geschlechterverhältnisse würden auf kulturelle Unterschiede zurückgeführt. Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten in den hiesigen Geschlechterverhältnissen würden überwiegend ausgeblendet, ebenso die Rassismus-Erfahrungen der Teilnehmenden. Insgesamt zeigten sich hier somit eher Versatzstücke postfeministischer als offen antifeministische Diskurse.

Im Beitrag *Elternschaft und Gender Trouble* analysieren Helga Krüger-Kirn und Leila Zoë Tichy unter Mitarbeit von Anna Elsässer Inszenierungen moderner und tradierter Mutterbilder in Elternzeitschriften sowie in Interviews mit Müttern. In den Zeitschriften dominiert ein postfeministischer Diskurs: Das hier entworfene Mutter-Ideal sehe eine intensive Mutter-Kind-Bindung vor; daneben sollten Mütter auch ‚emanzipiert‘ sein, d.h. eine gleichberechtigte Beziehung leben und erwerbstätig sein. Tipps für die Selbstoptimierung sollen helfen, dieses Ideal zu erreichen. Da Gleichberechtigung als erreicht gelte, könne die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung der Eltern als frei gewählt und revidierbar gedeutet werden. Von den interviewten Müttern werde das Scheitern an diesen Anforderungen als individuelles Versagen interpretiert; eine Solidarisierung mit anderen Müttern sowie Kritik an strukturellen Problemen unterbleibe. Insgesamt deutet die Fallstudie auf eine lediglich oberflächliche Modernisierung von Mutterschaftsdiskursen hin, die eine Rhetorik der Selbstbestimmung mit konservativen Vorstellungen verknüpft. Dies bereite einen fruchtbaren Boden für Versuche zur Retraditionalisierung und Renaturalisie-

rung von Mutterschaft und Familie, die einen zentralen Ankerpunkt des Antifeminismus darstellen.

Unter dem Titel *Divergenz, Ambivalenz, Kongruenz* untersuchen Anna Lena Oldemeier, Ferdinand Backöfer, Susanne Maurer und Katharina Aleksin das Verhältnis zwischen antifeministischen Diskursen und (Sexual-)Pädagogik. Die Autor*innen zeichnen den Verlauf von Kontroversen über (Sexual-)Pädagogik nach und arbeiten zentrale antifeministische Argumentationsmuster heraus. In ihren teilnehmenden Beobachtungen und Interviews im (sexual-)pädagogischen Feld zeigt sich Antifeminismus als Delegitimierung unterschiedlicher (sexual-)pädagogischer Tätigkeitsfelder unter dem in diffamierender Absicht verwendeten Label ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘. Gemeinsam sei diesen Feldern ihre schwache institutionelle Verankerung, was sie potenziell angreifbar mache. Bei den Fachkräften bestehe angesichts von Missbrauchsskandalen und Defiziten in der Ausbildung große Unsicherheit im Umgang mit kindlicher Sexualität und der Wunsch nach klaren Vorgaben und (rechtlicher) Absicherung. Die Autor*innen deuten dies als Versuch zur ‚Stilllegung‘ der mit Vorstellungen von sexueller Vielfalt verbundenen Ambivalenzen. (Sexual-)Pädagogik erscheine derzeit fast ausschließlich als Prävention von sexualisierter Gewalt legitimierbar, was eine Kongruenz mit dem antifeministischen Topos des bedrohten Kindes aufweise.

Christopher Fritzsche und Juliane Lang untersuchen die rechte *GegnerInnen-schaft zur Ehe für alle*. Sie fragen gestützt auf hegemonietheoretische Überlegungen, inwieweit sich hier ein politisches Projekt formiere, das auf die Aufrechterhaltung einer heteronormativen Geschlechterordnung zur Stützung einer autoritär-regressiven, illiberalen Gesellschaftsordnung ziele. Ihre Diskursanalyse von Online-Medien aus dem christlich-rechten und neu-rechten Spektrum zeigt, dass es in Deutschland durchaus antifeministische Mobilisierungsversuche gegen die Eheöffnung gab, die auf Versatzstücke eines familienzentrierten Antifeminismus zurückgreifen. Allerdings zeigen die Expert*innen-Interviews mit Beteiligten am Politikprozess, dass dies keinen Einfluss auf die parlamentarische Debatte hatte. Bei den Befragten dominierte vielmehr die Einschätzung, die Gesellschaft sei für diese Reform bereit gewesen. Jedoch sehen sich die Protagonist*innen rechter Gegenmobilisierungen in einem ‚Kulturkampf‘ gegen die Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse und werden vermutlich neue Mobilisierungsversuche starten, um die Formierung ihres politischen Projekts weiter voranzutreiben.

Teil III des Bandes präsentiert *Konsequenzen für die Bildungs- und Präventionsarbeit*. Antifeministische Interventionen im Feld der Sexualpädagogik verteidigen häufig das Erziehungsrecht der Eltern gegen eine vermeintliche ‚Indoktrination von außen‘. Wie Ferdinand Backöfer im Beitrag *Autoritäre Sexualpädagogik?* anhand einer Analyse des Praxisbuchs *Fit for Love* zeigt, produzieren antifeministische Akteur*innen aber durchaus auch eigene sexualpädagogische Entwürfe.

Backöfer kommt in seiner Analyse, die im Rahmen der REVERSE-Fallstudie zu (Sexual-)Pädagogik entstand, zu dem Schluss, dass das Buch seinen politisch-ideologischen Hintergrund nicht transparent mache, fachliche und wissenschaftliche Mängel aufweise und im Kern auf eine autoritäre Erziehung zur Keuschheit abziele, die Sex außerhalb heterosexueller Paarbeziehungen verurteile und hierfür auf didaktisch fragwürdige Mittel wie Verunsicherung, Verängstigung und Beschämung zurückgreife.

Ulla Wittenzellner und Sarah Klemm vom Berliner Bildungsträger *Dissens e.V.* weisen in ihrem Beitrag über *Pädagogik zu Antifeminismus* darauf hin, dass sexistische, homo-, trans*- und inter*feindliche Positionen nicht nur im Antifeminismus vertreten werden, sondern auf gesellschaftlichen Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnissen beruhen. Der pädagogische Auftrag, diskriminierungsfreie Lernräume zu schaffen, gerate durch antifeministische Angriffe unter Druck, was zur Verunsicherung von Fachkräften führe. Somit benötigten nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene im pädagogischen Feld einen sicheren Raum, um ihre Fragen, Ängste und Unsicherheiten im Umgang mit geschlechtlicher und sexueller Vielfalt oder auch mit antifeministischen Angriffen offen thematisieren zu können und Umgangsmöglichkeiten zu erproben. Am Beispiel des Projekts *Social Media Interventions!* stellen Wittenzellner und Klemm ihr pädagogisches Konzept hierfür vor. Sie betonen jedoch, dass Antifeminismus nicht allein pädagogisch bearbeitet werden könne – dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der Beitrag von Judith Rahner von der *Amadeo-Antonio-Stiftung e.V. (Tödlicher Antifeminismus. Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit als Motivkomplex rechtsterroristischer Attacken)* entstand unter dem Eindruck des Attentats von Halle, das die Abschlussstagung des REVERSE-Projekts Anfang Oktober 2019 überschattete. Rahner fragt, was das Wesen dieses neuen Rechtsterrorismus ausmacht und durch welche gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse er begünstigt wird. Die überwiegend männlichen Einzeltäter stünden für einen neuen Tätertyp, dessen Handeln in ein internationales, digitales Netzwerk eingebettet sei. Bei ihren Motiven zeige sich ein ideologisches Dreieck aus Antisemitismus, Rassismus und Frauenhass. Neben einem besseren Schutz für Betroffene vor extrem-rechter Gewalt fordert Rahner eine Verstärkung und Verstetigung von Rechtsextremismusprävention und politischer Bildung unter Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht.

Teil IV des Buches präsentiert *Krisen- und subjekttheoretische Interpretationen* der Befunde. Im Beitrag *Krise der Geschlechterverhältnisse oder Krisenrhetorik?* kontrastieren Annette Henninger, Ferdinand Backöfer, Christopher Fritzsche und Marion Näser-Lather antifeministische Bedrohungsszenarien mit Krisendiagnosen aus der Geschlechterforschung. Hierzu erweitern sie den von Lenz (2013) vorgeschlagenen Analyse Rahmen um feministisch-regulationstheoretische Überlegungen. Die Autor*innen vertreten die These, dass antifeministische Diskurse zwar durch-

aus reale gesellschaftliche Probleme adressieren, dabei aber mit populistischen Strategien der Vereinfachung und Personalisierung von komplexen strukturellen Problemen operieren. Dabei werde die von der Geschlechterforschung problematisierte Zunahme sozialer Ungleichheiten zwischen Frauen* und Männern* dethematisiert, indem einer vermeintliche ‚Gender-Ideologie‘ bzw. ‚dem Feminismus‘ die Verantwortung für unerwünschte Veränderungen im Geschlechterverhältnis zugeschrieben und zugleich mit der Konstruktion einer vermeintlich homogenen ‚Wir‘-Gruppe gegenüber den als fremd und rückständig konstruierten ‚muslimischen Anderen‘ fortbestehende Probleme im Geschlechterverhältnis kulturalisiert würden. Die von antifeministischen Diskursen angestrebte Vergemeinschaftung durch festgelegte, eindeutige Identitäten diene letztlich der Abwehr demokratischer Aushandlungsprozesse über die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse.

Susanne Maurer, Denise Bergold-Caldwell, Barbara Grubner und Helga Krüger-Kirn nehmen als Autorinnen-Kollektiv *Subjekttheoretische Annäherungen an zeitgenössische Antifeminismen* vor, um der Frage nach subjektiven Voraussetzungen und Resonanzen für aktuelle Antifeminismen nachzugehen. Den Ertrag einer Foucault’schen Lesart sehen sie in der Analyse der Hervorbringung von Subjektpositionen im Macht-Wissens-Diskurs. Die Gouvernementalitäts-Studien machten zudem deutlich, dass die Anrufung der ‚Freiheit‘ des Subjekts auch als autoritärer Imperativ wirken könne. Die psychoanalytische Lesart stelle die intra-psychische Bearbeitung der Angewiesenheit und Verletzlichkeit des Subjekts sowie Dynamiken der Abwehr des ‚Fremden in uns selbst‘ in den Mittelpunkt. Lacan biete Inspirationen dafür, auch ‚intime‘ Fragen des Begehrens und Genießens als gesellschaftlich konstituiert zu denken. Diese Perspektiven ermöglichten es einerseits zu begreifen, wie Subjekte ‚qua Geschlecht‘ heute durch Freiheit und Flexibilität regiert würden, andererseits aber auch, wie damit einhergehende Gefühle von Verunsicherung subjektiv bearbeitet würden.

5. FAZIT: ANTIFEMINISMUS ALS STRATEGISCHE (DE-)THEMATISIERUNG VON WANDEL IN DEN GESCHLECHTERVERHÄLTNISSEN

Antifeministische Diskurse lassen sich somit zusammenfassend als strategische (De-)Thematisierungen von durch Modernisierungsprozesse sowie durch politische Kämpfe und Reformen angestoßenem gesellschaftlichen Wandel begreifen, in deren Zuge das ‚Unbehagen an der Moderne‘ gedeutet wird. Hierbei werden zwar reale gesellschaftliche Probleme aufgegriffen; allerdings kommt es auch zu populistischen Verzerrungen, Dethematisierungen oder zur Verschiebung der Problembearbeitung auf eine andere Ebene. Dabei lässt sich, wie von Ganz (2015: o.S.) ange-

merkt, im aktuellen Antifeminismus eine Bearbeitung der durch den Neoliberalismus verursachten gesellschaftlichen Verwerfungen auf kulturellem Terrain beobachten, während soziale Ungleichheiten de-thematisiert werden.

Antifeministische Interventionen schließen zudem an die Besonderheiten feldspezifischer Teilöffentlichkeiten an. Die genderzentrierte (Schmincke 2018) und die familienzentrierte Spielart des Antifeminismus (Scheele 2015) rückten in unseren Fallstudien je nach feldspezifischen Anschlussmöglichkeiten stärker in den Vordergrund bzw. in den Hintergrund. Diskurse über Familie und das Kindeswohl erweisen sich dabei als Kristallisationspunkt, an dem die ‚Natürlichkeit‘ der Zweigeschlechtlichkeit, von Männlichkeit und Weiblichkeit, Fragen sozialer Reproduktion und gesellschaftlicher Ordnung verhandelt werden. Die Gender Studies stellen kritisches Wissen bereit, das diese scheinbaren Selbstverständlichkeiten hinterfragt, und geraten damit in den Fokus der Kritik.

Dabei erwiesen sich die politischen Leitmedien, die ein bildungsbürgerliches Publikum adressieren, als Orte antifeministischer Diskursproduktion mit großer gesellschaftlicher Reichweite (Beck). Hier wird ein Meta-Diskurs über die Geltung gesellschaftlichen Geschlechterwissens geführt. Über die Gender Studies und Gender Mainstreaming wird überwiegend polemisch bis abwertend berichtet; Homo- und Transsexualität erfahren dagegen zumindest diskursive Akzeptanz. Vor allem die konservativen Medien werden dabei zum ‚Verstärker‘ von Angriffen gegen ‚Gender‘ durch antifeministische Wissenschaftler*innen, denen dort als Gastautor*innen ein Expert*innen-Status eingeräumt wird. Wissenschaftlichen ‚Gender‘-Kritiker*innen, darunter eine Reihe von Professor*innen, kommt aber auch insofern eine Scharnierfunktion in antifeministischen Diskursen zu, als sie im rechten und christlich-fundamentalistischen Spektrum als wissenschaftliche Autoritäten zu Gender-Fragen zitiert werden und durch ihre Publikationsaktivitäten zum Teil auch aktiv in dieses Spektrum hineinwirken. Als feldspezifische Konfliktkonstellation, die die Abwehr gegen die Gender Studies durch wissenschaftliche ‚Gender‘-Kritiker*innen motiviert, identifizierte Marion Näser-Lather die Bekämpfung des Konstruktivismus als vermeintliche Ursache einer Krise der Wissenschaft.

In anderen Untersuchungsfeldern trafen wir dagegen auf eher postfeministische Diskurskonstellationen, die allerdings keinen Widerpart zum Antifeminismus darstellen, sondern diesem durchaus Anschlussmöglichkeiten bieten: So verbindet sich in der Fallstudie zu Orientierungskursen für neu Zugewanderte (Bergold-Caldwell/Grubner) der Diskurs einer geschlechterpolitischen Überlegenheit des Westens mit der postfeministischen Überzeugung, Gleichstellung sei hierzulande bereits erreicht, und ihre Umsetzung im eigenen Leben sei durch individuelle Anstrengungen herbeizuführen. Fortbestehende strukturelle Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis bleiben dabei ebenso ausgeblendet wie Rassismus. Diese Ausblendung struktureller Ungleichheiten ließ sich auch in der Fallstudie zu Mutterschaftsdiskursen (Krüger-Kirn/Tichy) beobachten: Die untersuchten Eltern-Zeitschriften adres-

sieren vor allem *weiße* Mütter aus der Mittelschicht. In den medialen Mutterchaftsdiskursen werden weder die in feministischen Debatten diskutierte Krise der sozialen Reproduktion noch der antifeministische Topos einer Bedrohung der Familie bedient. Vielmehr dominierte ein postfeministischer Diskurs der individuellen Machbarkeit; auftretenden Problemen soll mit Strategien der Selbstoptimierung abgeholfen werden. Eine Aufwertung der traditionellen Mutterrolle, wie sie in antifeministischen Diskursen gefordert wird, kann vor diesem Hintergrund als Entlastung vor überbordenden Anforderungen erscheinen.

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, in denen es antifeministischen Gegner*innen der *Ehe für alle* teilweise gelang, entsprechende Reformen zu verhindern oder zu modifizieren (Kuhar/Paternotte 2017), blieben rechte Mobilisierungen gegen die Eheöffnung hierzulande ohne breite öffentliche Resonanz und fanden keinen Eingang in den parlamentarischen Prozess (Fritzsche/Lang). Die Liberalisierung gesellschaftlicher Einstellungen gegenüber Homosexualität reicht hierzulande bis ins konservative Lager hinein, wie die Unterstützung der Reform durch Teile der CDU/CSU belegt. Kritisch kann die Eheöffnung jedoch auch als Teil einer gesellschaftlichen Normalisierung bzw. Normierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften nach dem Vorbild der bürgerlichen Kleinfamilie oder als „affektive Assimilation“ (Krüger-Kirm/Tichy) gedeutet werden.

Dagegen haben antifeministische Diskurse im Feld der (Sexual-)Pädagogik besonders tiefe Spuren hinterlassen. Die Beiträge von Oldemeier et al. sowie von Wittenzellner und Klemm dokumentieren eine Verunsicherung (sexual-)pädagogischer Professioneller durch die antifeministischen Angriffe der letzten Jahre. Oldemeier et al. identifizieren eine schwache institutionelle Verankerung der betroffenen pädagogischen Felder, Missbrauchsskandale und Defizite in der Ausbildung als feldspezifische Einfallstore für solche Angriffe. Die Kritik an der schwachen institutionellen Verankerung der Sexualpädagogik, der geschlechterreflektierten Pädagogik sowie der Antidiskriminierungspädagogik, die sich mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt befasst, findet ihren Widerhall in den Forderungen von Wittenzellner und Klemm sowie von Rahner nach Verstetigung solcher Bildungsangebote als Prävention gegen Antifeminismus und Rechtsextremismus.

Teile der von uns untersuchten Akteur*innen sehen sich dezidiert in einem ‚Kulturkampf‘ gegen das „links-rot-grün verseucht[e] 68er-Deutschland“, wie es Jörg Meuthen auf dem AfD-Parteitag 2016 in Stuttgart formulierte (SZ 2016). Auch aus analytischer Sicht halten wir die These für plausibel, dass es sich um Versuche zur Formierung eines politischen Projekts von ‚rechts‘ handelt, das im Hinblick auf das dort entworfene Bild der Geschlechterverhältnisse als autoritär-regressiv zu charakterisieren ist (Fritzsche/Lang) – diese These gilt es in weiteren Analysen zu prüfen, da die von uns untersuchten empirischen Felder nur einen kleinen Ausschnitt aktueller antifeministischer Interventionen abbilden. Unberücksichtigt bleiben etwa die kommunale Gleichstellungsarbeit oder Debatten über Abtreibung und

reproduktive Rechte, wie auch die AfD als Knotenpunkt antifeministischer Diskursproduktion. Welche Auswirkungen die zunehmende Präsenz der AfD in Parlamenten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene auf die kommunale Gleichstellungsarbeit, aber auch auf Beratungs- und Bildungsarbeit in Bezug auf Geschlechterverhältnisse und Sexualität hat und welche (Gegen-)Strategien dabei zum Einsatz kommen, bleibt noch zu untersuchen – wie auch insgesamt Strategien gegen antifeministische Mobilisierungen noch der Erforschung harren. Insgesamt fehlt es bislang an (länder-)vergleichenden Untersuchungen zu Antifeminismus mit einem einheitlichen Analyse Rahmen, der es ermöglicht, die diskursiven und institutionellen Gelegenheitsstrukturen antifeministischer Mobilisierungen systematischer zu erforschen und so einen Beitrag zur weiteren Theoretisierung des Phänomens zu leisten.

Als praxisbezogene Interventionsstrategie gilt es, weiterhin öffentlichkeitswirksam über antifeministische Strategien, Argumentationen und Fehlinformationen aufzuklären und die Debatten innerhalb der Geschlechterforschung einem breiteren Publikum verständlich zu machen. Darüber hinaus gilt es, Angebote der Bildungs- und Präventionsarbeit auszubauen, ebenso wie Initiativen, die sich für Vielfalt, Antidiskriminierung und Zivilcourage einsetzen, um so einen Beitrag zur Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft zu leisten. Deutlich wird, dass der Antifeminismus auf bestehende gesellschaftliche Spaltungslinien rekurriert und versucht, diese durch populistische Strategien zu vertiefen – ob dies gelingt, hängt auch von politischen wie zivilgesellschaftlichen Gegendiskursen und -mobilisierungen ab. Umkämpft ist dabei nicht nur die Gestaltung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse, sondern auch die Ausgestaltung der Demokratie an sich.

An der Ermöglichung dieses Projekts und an der Erarbeitung der Ergebnisse haben viele Menschen mitgewirkt. Unser Dank gilt dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK), die mit ihrer Förderung unsere Forschung ermöglicht haben. Bedanken möchten wir uns auch beim *Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.* (DLR) als Projektträger für die gute Betreuung bei der Durchführung des REVERSE-Projekts. Wir danken zudem unseren Interviewpartner*innen, ohne deren Gesprächsbereitschaft unsere Forschung nicht möglich gewesen wäre – und natürlich allen bereits namentlich genannten Projektmitarbeiter*innen und studentischen Hilfskräften sowie Lisanne Ames, Clara-Auguste Süß und Corinna Müller, die uns bei REVERSE als wissenschaftliche Hilfskräfte im Forschungsmanagement unterstützten, und Laura Stumpp, die sich kompetent um das Lektorat des Bandes gekümmert hat. Unser herzlicher Dank gilt auch Edgar Forster, Katharina Liebsch, Ilse Lenz, Patricia Purtschert und Birgit Sauer als Mitgliedern unseres wissenschaftlichen Beirats, die uns immer wieder konstruktives Feedback gegeben und kluge Ideen in unsere Debatten eingespeist haben. Ebenso bedanken wir uns für Feedback und wertvolle Hintergrundinformationen bei unseren Praxispartner*innen von der *Fachstelle Gender und Rechtsextremismus* der *Amadeu-Antonio-Stiftung*

e.V., dem Bundesverband der Mütterzentren e.V., der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, bei Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V., bei Frauen und Geschichte Baden-Württemberg e.V., dem Frauengesundheitszentrum Frankfurt e.V., dem freien Zusammenschluss von studentInnenschaften, der Gesellschaft für psychoanalytische Sozialpsychologie, beim Referat 3/IV der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung, der Landesarbeitsgemeinschaft der Hessischen Frauen- und Gleichstellungsbüros, dem pro familia Bundesverband und dem Landesverband Hessen, dem Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen im Hessischen Kultusministerium, bei Regina Frey vom Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung, bei umstandslos – Magazin für feministische Elternschaft sowie bei der Zeitenspiegel Reportageschule Reutlingen. Ebenso danken wir Markus Ulrich vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. sowie Andreas Kemper von der Redaktion des Diskursatlas Antifeminismus für ihre Diskussionsbereitschaft. Bedanken möchten wir uns auch bei den Bearbeiter*innen der gegen das REVERSE-Projekt gerichteten Kleinen Anfragen der AfD im Bundestag sowie beim Präsidium der Philipps-Universität Marburg, das uns im Umgang mit den antifeministischen Angriffen, denen das REVERSE-Projekt ausgesetzt war, den Rücken stärke.

LITERATUR

- Achtelik, Kirsten (2018): „Für Föten und Werte. Die ‚Lebensschutz‘-Bewegung in Deutschland“, in: Lang/Peters, Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, S. 117-138.
- Alexander, Amy C./Welzel, Christian (2017): „The Myth of Deconsolidation: Rising Liberalism and the Populist Reaction. ILE Working Paper Series, No. 10, University of Hamburg, Institute of Law and Economics (ILE), Hamburg. [<https://www.econstor.eu/bitstream/10419/170694/1/ile-wp-2017-10.pdf>; abgerufen am 02.07.2020].
- Birsl, Ursula (Hg.) (2011): Rechtsextremismus und Gender, Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich.
- Birsl, Ursula (2018): „Die Demokratie und ihre Gegenbewegungen: eine kritische (Selbst-)Reflexion zu Begriffen und Referenzrahmen in der Rechtsextremismusforschung“, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 59 (2), S. 371-384.
- Bitzan, Renate (2017): „Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten“, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden: Springer VS, S. 325-374.
- Blum, Rebekka (2019): Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus, Hamburg: Marta Press.

- Claus, Robert (2014): Maskulismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. [<https://library.fes.de/pdf-files/dialog/10861.pdf>; abgerufen am 29.03.2020].
- Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hg.) (2010): ‚Was ein rechter Mann ist ...‘. Männlichkeiten im Rechtsextremismus (= Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 68), Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Datta, Neill (2018): Restoring the Natural Order. The Religious Extremists' Vision to Mobilize European Societies Against Human Rights on Sexuality and Reproduction, Brussels: European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights.
- Decker, Frank/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Gießen: Psychosozial Verlag.
- Dietze, Gabriele (2016): „Das ‚Ereignis Köln‘“, in: *Femina Politica* 25 (1), S. 93-102.
- Dohm, Hedwig (2014 [1902]): Die Antifeministen, Paderborn: Salzwasser Verlag (Nachdruck des Originals von 1902).
- Dormal, Michel/Mauer, Heike (2018): „Das Politisierungsparadox. Warum der Rechtspopulismus nicht gegen Entpolitisierung und Ungleichheit hilft“, in: *femina politica* 27 (1), S. 22-33.
- Farris, Sarah R. (2017): In the Name of Women's Rights: The Rise of Femonationalism, Durham: Duke University Press.
- Fedders, Jonas (2018): „Die Rockefellers und Rothschilds haben den Feminismus erfunden“. Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Antifeminismus und Antisemitismus“, in: Lang/Peters, Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, S. 213-232.
- Fraser, Nancy (2017): „Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2, S. 71-76.
- Frey, Regina/Gärtner, Marc/Können, Manfred/Sebastian Scheele (Hg.) (2014): Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie: Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse (= Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 9). 2. aktualisierte Aufl., Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. [https://www.boell.de/sites/default/files/gender_wissenschaftlichkeit_ideologie_2.aufgabe.pdf; abgerufen am 29.03.2020].
- Ganz, Kathrin (2015): „PEGIDA gegen den Gender-Wahn: Rechte Mobilisierung und die Krise sozialer Reproduktion“, in: blog der Zeitschrift feministische studien vom 03.02.2015. [<https://blog.feministische-studien.de/2015/02/pegida-gegen-den-gender-wahn-rechte-mobilisierung-und-die-krise-sozialer-reproduktion/>; abgerufen am 29.03.2020].
- Gesterkamp, Thomas (2010): Geschlechterkampf von rechts: wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikali-

- sieren. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. [<https://library.fes.de/pdf-files/wiso/07054.pdf>; abgerufen am 29.03.2020].
- Gill, Rosalind (2018): „Die Widersprüche verstehen. (Anti-)Feminismus, Postfeminismus, Neoliberalismus“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 68 (17), S. 12-19.
- Glaser, Enrico/Hellwig, Marius/Rafael, Simone/Rahner, Judith/Riebe, Jan/Spicker, Rachel (2018): „Country Case Study Germany“, in: Gutsche, Triumph der Frauen. The Female Face of the Far Right in Europe, S. 24-29.
- Goetz, Judith (2017): „„Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt...“ Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der ‚Identitären‘“, in: Judith Goetz (Hg.), *Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechtsextremen Identitären*, Hamburg: Marta Press, S. 253-284.
- Graff, Agnieszka/Kapur, Ratna/Walters, Suzanna Danuta (Hg.) (2019): *Gender and the Rise of the Global Right*. *Journal Signs* 44 (3) (Special Issue).
- Grzebalska, Weronika/Zacharenko, Elena (2018): „Country Case Study Poland“, in: Gutsche, Triumph der Frauen. The Female Face of the Far Right in Europe, S. 80-91.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Tuzcu, Pinar/Winkel, Heidemarie (Hg.) (2018): *Feminisms in Times of Anti-Genderism, Racism and Austerity*. *Women's Studies International Forum* 68 (Special Issue).
- Gutsche, Elisa (Hg.) (2018): *Triumph der Frauen. The Female Face of the Far Right in Europe*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: transcript.
- Illgner, Johannah Lea (2018): „Hass-Kampagnen und Silencing im Netz“, in: Lang/Peters, *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, S. 253-272.
- Kemper, Andreas (2011): *(R)echte Kerle. Zur Kumpanei der MännerRECHTSbewegung*, Münster: Unrast.
- Keskinen, Suvi (2018): „The ‚Crisis‘ of White Hegemony, Neonationalist Femininities and Antiracist Feminism“, in: *Women's Studies International Forum* 68, S. 157-163.
- Klaus, Elisabeth/Lünenborg, Margreth (2013): „Zwischen (Post-)Feminismus und Antifeminismus: Reflexionen zu gegenwärtigen Geschlechterdiskursen in den Medien“, in: *Gender – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 5 (2), S. 78-93.
- Kováts, Eszter/Pöim, Maari (Hg.) (2015): *Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-Gender Mobilizations in Europe*, Budapest: Foundation for European Progressive Studies/Fried-

- rich-Ebert-Stiftung. [<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf>; abgerufen am 18.01.19].
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.) (2017): *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality*, London/New York: Rowman & Littlefield International.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2002): „Geschlechterdemokratie und Feminismus. Zur Notwendigkeit einer herrschaftskritischen Reformulierung eines Leitbegriffs“, in: *femina politica* 11 (2), S. 42-51.
- Lang, Juliane/Fritzsche, Christopher (2018): „Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht“, in: *Feministische Studien* 36 (2), S. 335-346.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hg.) (2018a): *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hamburg: Marta Press.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2018b): „Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens“, in: Dies., *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, S. 13-35.
- Lenz, Ilse (2013): „Geschlechterkonflikte um die Geschlechterordnung im Übergang: zum neuen Antifeminismus“, in: Erna Appelt/Brigitte Aulenbacher/Angelika Wetterer (Hg.), *Gesellschaft: feministische Krisendiagnose*, Westfälisches Dampfboot, S. 204-226.
- Maurer, Susanne (2018): „Hedwig Dohms ‚Die Antifeministen‘“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 68 (17), S. 40-46.
- Mayer, Stefanie/Ajanovic, Edma/Sauer, Birgit (2018): „Kampfbegriff ‚Gender-Ideologie‘. Zur Anatomie eines diskursiven Knotens. Das Beispiel Österreich“, in: Lang/Peters, *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, S. 37-59.
- McRobbie, Angela (2010): *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*, Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- McRobbie, Angela (2011): „Beyond Post-Feminism“, in: *Public Policy Research* 18 (3): S. 179-184.
- Näser-Lather, Marion/Oldemeier, Anna Lena/Beck, Dorothee (2019): „Die Gesichter des Janus. Antifeminismus zwischen Backlash und anderer Moderne“, in: Dies. (Hg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft*, Roßdorf: Ulrike Helmer, S. 7-36.
- Paternotte, David/Kuhar, Roman (2017a): „‚Gender Ideology‘ in Movement: Introduction“, in: Kuhar/Paternotte, *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing Against Equality*, S. 1-22.
- Paternotte, David/Kuhar, Roman (2017b): „The Anti-Gender Movements in Comparative Perspective“, in: Kuhar/Paternotte, *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing Against Equality*, S. 253-276.
- Planert, Ute (1998): *Antifeminismus im Kaiserreich*, Göttingen: Vandenhoeck und Rupprecht.

- Pohl, Rolf (2011): „Männer – das benachteiligte Geschlecht? Weiblichkeitsabwehr und Antifeminismus im Diskurs über die Krise der Männlichkeit“, in: Mechtild Bereswill/Anke Neuber (Hg.), *In der Krise?: Männlichkeiten im 21. Jahrhundert*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 104-135.
- Roggeband, Conny (2018): „The Good, the Bad, and the Ugly: Making Sense of Opposition to Feminisms from a Social-Movement Perspective“, in: Mieke Verloo, *Varieties of Opposition to Gender Equality in Europe*, S. 19-27.
- Rosenbrock, Hinrich (2012): *Die anti-feministische Männerrechtsbewegung: Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung* (= Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 9), Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. [https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/antifeministische_maennerrechtsbewegung.pdf; abgerufen am 29.03.2020].
- Sager, Maja/Mulinari, Diana (2018): „Safety for Whom? Exploring Femonationalism and Care-Racism in Sweden“, in: *Women's Studies International Forum* 68, S. 149-156.
- Sauer, Birgit (2017): „Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotential der Kategorie Geschlecht“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 58 (1), S. 1-20.
- Scheele, Sebastian (2015): „Das trojanische Zombie-Pferd. Fünf Thesen zu einer diskursiven Verschiebung im gegenwärtigen Antifeminismus“, in: Friedrich Burschl (Hg.), *Aufstand der ‚Wutbürger‘. AfD, christlicher Fundamentalismus, Pegida und ihre gefährlichen Netzwerke. Dokumentation des Gesprächskreises Rechts zu den Treffen in Halle und Rostock. PAPERS 7/2015*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 32-46. [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_GK-Rechts.pdf; abgerufen am 30.03.2020].
- Schmincke, Imke (2018): „Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antifeminismus“, in: *APuZ* 17/2018, S. 28-33.
- Schutzbach, Franziska (2018): *Die Rhetorik der Rechten*, Zürich: Xanthippe-Verlag.
- Spierings, Niels (2018): „Popular Opposition to Economic Gender Equality and Homosexual Lifestyles“, in: Mieke Verloo, *Varieties of Opposition to Gender Equality in Europe*, S. 172-195.
- Verloo, Mieke (Hg.) (2018): *Varieties of Opposition to Gender Equality in Europe*, London: Routledge.
- Verloo, Mieke (2018a): „Introduction: Dynamics of Opposition to Gender+ Equality in Europe“, in: Mieke Verloo, *Varieties of Opposition to Gender Equality in Europe*, S. 3-18.
- Villa, Paula-Irene (2017): „„Anti-Genderismus‘: German Angst?“, in: Kuhar/Paternotte, *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing Against Equality*, S. 99-116.

- Wilde, Gabriele/Meyer, Birgit (2018): „Die Macht des Autoritären und die Gefährdung demokratischer Geschlechterverhältnisse. Eine Einleitung“, in: *femina politica* 27 (1), S. 9-21.
- Wimbauer, Christine/Mokatef, Mona/Teschlade, Julia (2015): „Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung“, in: Hark/Villa, *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, S. 41-57.
- Wodak, Ruth (2016): *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*, Wien: Edition Konturen.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

PRIMÄRQUELLEN

- Cicero, 26.04.2006: Die Emanzipation? ein Irrtum? [<https://web.archive.org/web/20131216184715/http://www.cicero.de/salon/die-emanzipation-%3F-ein-irrtum/22223>; abgerufen am 23.03.2020].
- Frankfurter Rundschau (FR), 04.03.2018: #120DB: Identitäre Frauen hetzen mit rechter #MeToo-Kampagne. [<https://www.fr.de/politik/identitaere-frauen-hetzen-rechter-metoo-kampagne-10981806.html>; abgerufen am 23.03.2020].
- Queer.de, 24.03.2020: Trotz Coronavirus – Kardinal: Gläubige müssen in Heilige Messen gehen, um Transsexualität zu bekämpfen. [https://www.queer.de/detail.php?article_id=35768; abgerufen am 29.03.2020].
- Süddeutsche Zeitung (SZ), 30.04.2016: Proteste gegen AfD – ‚Weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland.‘ [<https://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-gegen-afd-aufmarsch-der-wut-1.2974815-2>; abgerufen am 30.03.2020].
- WerteUnion, 27.03.2020: Diese schlimme Zeit macht jetzt hoffentlich auch dem Letzten klar, dass Professoren für Medizin, Chemie und Biologie unendlich viel wichtiger sind als solche für ‚Gender Studies‘. [<https://twitter.com/WerteUnion/status/1243624037475135488>; abgerufen am 29.03.2020].

